

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 269

25. Sept. 2002

9. Jahrgang

Die Sololatéc@s lassen sich nicht kaufen (Teil I)

Die Hauptbühne der Politik befindet sich in der Hauptstadt, dort werden die Entscheidungen gefällt und über das Geschehen im ganzen Land entschieden. Dieser Schauplatz steht denn auch meist im Fokus der öffentlichen Medien im In- und Ausland. Doch was spielt sich auf der politischen Bühne im Inneren des Landes ab und wie nimmt die Bevölkerung der Departements am nationalen politischen Geschehen teil? Alfonso Guárquez Ajquichí ist als Korrespondent der Nachrichtenagentur CERIGUA für das Departement Sololá zuständig und berichtet im folgenden Interview von seinen Erfahrungen und seinen Einschätzungen der aktuellen Situation in Sololá. CERIGUA stellt u.a. täglich ihre Nachrichten per E-mail zur Verfügung.

Frage: Seit wann und warum gibt es CERIGUA?

Alfonso: CERIGUA ist eine Nachrichtenagentur, die als Folge des bewaffneten Konflikts ins Leben gerufen wurde, der ja mehr als 36 Jahre dauerte. 1983, als der Konflikt besonders schlimm war, gründete sich die Agentur ausserhalb des Landes, in Nicaragua, später hatte sie ihren Sitz in Mexiko. In dieser ganzen Zeit konnte CERIGUA also aus der direkten Nähe über die vielen verschiedenen Probleme, vor allem hinsichtlich der kritischen Situation der Menschenrechte, berichten. Ich würde behaupten, dass CERIGUA eines der wenigen Kommunikationsmittel war, das in jener Zeit weltweit bekannt machte, was in Guatemala vor sich ging.

Frage: Ausser der Möglichkeit, die Informationen von CERIGUA über das Internet zu erhalten: Wie werden sie hier im Land selbst verbreitet?

Alfonso: Grundsätzlich über die Radios, da verständlicherweise die schriftlichen Informationen nicht zu den Teilen der Bevölkerung gelangen, die weit von einer Departements-(Haupt-)Stadt entfernt leben. Deswegen nutzt CERIGUA das Radio, eine wertvolle Alternative zu den Zeitungen. Darüber haben wir Zugang zu gemeinsamen Programmen auf nationaler Ebene und erreichen so alle Departements. Ausserdem ist die Nachrichtenagentur Mitglied in der *Weltvereinigung der Kommunalradios*, AMARC, also besteht auch die Verbreitungsmöglichkeit über lokale, nationale und internationale Radiokanäle.

Frage: Seit wann arbeitet CERIGUA in Sololá? Und wie nimmst Du Deine Funktion wahr?

Alfonso: CERIGUA hat seit 1999 eine Zweigstelle hier in Sololá, die ich seit Beginn übernommen habe. Ich arbeite also inzwischen seit mehr als drei Jahren für diese Nachrichtenagentur.

Am Anfang war es wirklich ein bisschen schwierig, die Schranken zu brechen und an die Leute heranzukommen, die einen bislang nicht als Journalisten kannten. Aber ir-

gendwann war das geschafft. Was auch nicht so einfach war, war der Zugang zu den Organisationen, aber *poco a poco* eröffnete sich mir das Feld. Ich hatte vorher schon viele Kontakte zu diesen, was mir im Endeffekt sehr hilfreich war. Hier genoss ich also bald eine sehr gute Akzeptanz, die immer noch währt.

Frage: Welches siehst Du als das aktuellste oder wichtigste Thema, mit dem sich Sololá derzeit konfrontiert sieht?

Alfonso: Eines der Probleme, dem Sololá derzeit gegenübersteht, ist die Versorgung, bzw. der Raum, den die öffentlichen Medien den Departements gewähren. Es interessiert einfach mehr, was in der Hauptstadt passiert und was die *Gelben Notizen* über Gewalt und Unfälle veröffentlichen, die Polizeimeldungen. Deshalb widmen sich auch die grossen Medien mehr diesen Sensationsberichten. Das merkt man sowohl am Fernsehen als auch in den Tageszeitungen. Zudem hat sich die Presse an sich insgesamt sehr kommerzialisiert, was den Zugang zu diesen gerade für uns sehr erschwert.

Dem gegenüber beschäftigt sich CERIGUA vor allem mit den Bereichen Soziales, Kultur/Ethnie, Bildung, und (Verletzung der) Menschenrechte: alles Themen, die gerade hier im Departement Sololá aktuell aber auch problematisch sind und von denen man in den grossen Medien kaum etwas liest oder sieht.

In dem Zusammenhang steht auch die mangelhafte Funktionsausübung der Justiz. Ich erhalte ständig Beschwerden darüber, dass dieser öffentliche Apparat nicht so funktioniert, wie es sein sollte.

Ein weiteres Riesenproblem ist der Ausschluss auf jegliche Art - sowohl in sozialer, kultureller als auch bildungstechnischer Hinsicht - der indigenen Bevölkerung, die regelrecht diskriminiert wird. Noch schwieriger ist es für die Frauen, bei denen man beinahe von einer dreifachen Diskriminierung sprechen könnte: Frausein, Indigenasein und in einer ländlichen Gegend wohnen.

Die Situation der indigenen Bevölkerung sehe ich als das latenteste Problem hier im Departement an.

Nichtsdestotrotz versuchen gerade die Indígenas mehr und mehr, Raum im öffentlichen Leben zu gewinnen, aber bislang ist der Zugang doch sehr schwer, bzw. wird er ihnen schwer gemacht.

Frage: Besteht denn seitens der Bevölkerung von Sololá ein Interesse, sich hinsichtlich der allgemeinen Politik auf dem Laufenden zu halten?

Alfonso: Das Interesse besteht auf jeden Fall. Was ich auf der anderen Seite aber wahrnehme, ist ein mangelndes Bewusstsein über die Wichtigkeit, Informationen auch weiterzuberbreiten, gerade von Seiten der ländlichen Gemeinden. Man muss selbst hingehen und suchen, wo gerade etwas passiert. Natürlich ist das auch meine Aufgabe als Reporter, die Informationen zu beschaffen. Aber ich, der ich alleine für die neun Gemeinden von Sololá zuständig bin, schaffe es oft nicht und müsste an vielen Orten gleichzeitig sein. Wenn jedoch die Leute wüssten, wie wichtig es ist, davon zu berichten, was passiert, wäre es natürlich etwas anderes.

Vor kurzem wurde ich selbst wieder überrascht, als ich mit einem Komitee einer Gemeinde sprach, die sich über die Ineffizienz der Staatsanwaltschaft äussern wollten. "Sehr gerne, kein Problem", war meine Antwort. Am Ende fragten sie mich: "Wie viel schulden wir Ihnen?" "Gar nichts, im Gegenteil, vielen Dank an Sie, dass sie mir von dem Fall berichtet haben." Das ist leider kein Einzelfall, dass die Leute denken, sie müssten für die Veröffentlichung von Nachrichten bezahlen. Aber so langsam tut sich etwas und die Barrieren öffnen sich.

Frage: Wie sieht die aktuelle politische Situation in Sololá aus?

Alfonso: In der Gemeindeverwaltung von Sololá regiert die URNG, aber der Gouverneur ist von der FRG, da er direkt vom Präsidenten ernannt wurde. Und von den Abgeordneten, die uns im Kongress vertreten, ist einer von der FRG und einer von der PAN.

Um ehrlich zu sein, ist es ein bisschen anstrengend. Die Leute sind nicht dazu "erzogen", an der Politik teilzunehmen. Auf der anderen Seite ist Sololá einer der Verwaltungsbezirke, der massiv an den Wahlen teilgenommen hat. Und beinahe wage ich zu behaupten, dass sich die SololatekInnen nicht mehr von den traditionellen Parteien manipulieren lassen.

Früher war es sehr schwierig, dieses Schema aufzubrechen. Aber seit dem vergangenen Jahr wurden die *Ladin@s* in der Verwaltung durch Indígenas abgelöst, und das erste Mal in der Geschichte haben wir einen indigenen Bürgermeister. Das ist für uns ziemlich positiv, wurden wir doch bislang immer von *Ladin@s* regiert, die eine Minderheit in der Bevölkerung von Sololá darstellen, der Grossteil hier sind nun einmal Indígenas.

Jedoch war es wirklich schwierig für den jetzigen Bürgermeister, an sein Ziel zu gelangen, und sowohl die Rolle als auch die Verantwortung zu übernehmen. Aber es war natürlich eine Herausforderung, er musste seine Fähigkeiten beweisen und die allgemeine Situation verbessern. Und das hat er tatsächlich geschafft, man kann eine grosse Zufriedenheit wahrnehmen. Ausserdem macht diese Verwaltungsregierung einen ehrlichen Eindruck in Bezug auf die Verwaltung öffentlicher Mittel.

Frage: Das Meinungsforschungsinstitut Vox Latina hat vor einigen Wochen eine Umfrage über die Beliebtheit Portillos in der Öffentlichkeit durchgeführt (siehe ¡Fijáte! 265). Trifft die allgemeine Ablehnung des Präsidenten durch die Bevölkerung auch auf die SololatekInnen zu?

Alfonso: Auf jeden Fall. Gerade hier gab es eine totale Zurückweisung der FRG. Man ist sich hier sehr klar darüber, dass sich in der jetzigen Regierung viele befinden, die die Menschenrechte verletzt haben, und Sololá ist schliesslich eines der Departements, das ziemlich stark vom bewaffneten Konflikt betroffen war. Und es ist auch eins der Departements, das sowohl die Zivilpatrouillen (PAC) als auch die Militärs abgelehnt hat und immer noch ablehnt.

Nach der Unterschreibung der Friedensabkommen und vor allem des letzten Vertrags über den stabilen und dauerhaften Frieden, wurde die Auflösung der Militärzone Nr.14 erreicht, die sich hier in Sololá befand. In diesem Fall war die Beteiligung gerade der indigenen Bevölkerung in der Zurückweisung der Armee deutlich sichtbar.

Hier hat die FRG eindeutig nicht so gute Karten wie in anderen Verwaltungsbezirken.

Frage: Portillos Antwort auf das Ergebnis der Umfrage war die Behauptung, dass die Bevölkerung auf dem Land durch die Verteilung von

Düngemitteln, verbessertem Saatgut, Schulfrühstücken und dem Bau von Strassen befriedigt sei. Wie sieht die Realität hier "auf dem Land" in Sololá mit diesen "Geschenken" aus?

Alfonso: Die Bevölkerung nimmt ganz klar wahr, dass es sich dabei um ein politisches Spiel handelt und sie durch solche Spendenaktionen lediglich für die nächsten Wahlen gekauft werden sollen.

Die Verteilung von Dünger ist spärlich, es kommt nicht das und nicht soviel, wie gebraucht würde. Dabei ist die Situation ziemlich schwierig, wenn man bedenkt, dass der Grossteil der SololatekInnen von der Landwirtschaft leben. Zweifellos müssten sie hier richtig viel Dünger hinschicken, um auch nur ansatzweise die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken.

Auch in anderen Bereichen von sogenannten "Projekten" passiert wenig, in den Gemeinden sieht man so gut wie gar nichts davon.

Einzige Ausnahme ist die Strasse von Concepción nach Sololá, die sie derzeit asphaltieren. Aber das ist noch eine Vereinbarung mit der vorherigen Regierung. Das Abkommen bestand darin, dass, wenn die BewohnerInnen der Dörfer an der Wegstrecke der Errichtung einer Haftanstalt in Concepción zustimmten, sie im Gegenzug "ihre asphaltierte Strasse" bekommen würden, die bis dahin lediglich ein Schotterweg war. Dabei war es noch ein harter Kampf, bis endlich mit der Asphaltierung begonnen worden ist. Das letzte, was ich gehört habe ist, dass dennoch gewisse Unzufriedenheit herrscht, denn das jetzt verwendete Material sei Asphalt zweiter Klasse, was nicht den Erwartungen der Bevölkerung entspricht. Die Strasse wird nicht lange halten und schon bald wieder aufbrechen.

Während dessen behauptet die Regierung natürlich stolz, dass sie ihr Versprechen einlöst. Aber die Bevölkerung lässt sich nicht hintergehen. Immer wieder beschwerten sie sich, dass die gross angekündigten Projekte nicht ausgeführt und die bestehenden sozialen Fonds nicht in ihrem Sinn angelegt werden. Da ist es natürlich kein Wunder, dass die Regierungspartei deutlich abgelehnt wird.

Frage: Du hast bereits die Friedensabkommen erwähnt. In diesen ist auch die Rede von der Beteiligung der GuatemalteKInnen am politischen Leben. Welche Möglichkeiten gibt es dafür wirklich in Sololá bzw. welche werden von den Menschen angenommen?

Alfonso: Wie in allen anderen Departements gibt es auch hier die sogenannten *Mesa de Concertación*, eine Art Runder Tisch unter der Leitung der Begleitkommission der Friedensabkommen, an dem alle sozialen Gruppen sowie Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen teilnehmen. Wobei ich sagen muss, dass dieser Organismus noch nicht wirk-

lich funktioniert und auch seine Rolle nicht angemessen erfüllt hat. Bislang haben sie nur wenig erreicht. Seit den Friedensverträgen haben sich viele Organisationen aufgelöst, da sie den Sinn ihres Kampfes erreicht zu haben glaubten und ihn damit sozusagen verloren hatten.

Generell leiden in Sololá alle möglichen Regierungsvereinbarungen unter einer Art organisatorischer Krise.

Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass mit dem Runden Tisch im Department einiges möglich ist, wenn vor allem die Leute im Vorstand es schaffen, die Nichterfüllung der Friedensabkommen aufs Tapet zu bringen und sich dafür einzusetzen, dass sich daran etwas ändert. In dem Runden Tisch sehe ich eine mögliche Instanz für diese Aufgabe.

(Fortsetzung im nächsten ¡Fijáte!)

Erdrutsch in Sololá

Guatemala, 13. Sept. Bei einem Erdbeben in der Nähe von San Lucas Tolimán, Sololá, starben 32 Personen, vier wurden nach wie vor vermisst und 200 wurden verletzt. Eine Lagune oberhalb der Finca El Porvenir trat nach starken Regenfällen über die Ufer und riss eine Schlamm- und Steinlawine mit sich, die ganze Häuser mit ihren BewohnerInnen unter sich begrub, einen Teil der Strasse zerstörte und Felder überschwemmte.

Während sich die umliegenden Dörfer sehr solidarisch mit den Betroffenen zeigten und im ganzen Land sofort Sammelkampagnen gestartet wurden, um die Leute, die ihre Angehörigen sowie ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten, zu unterstützen, verweigerte Vizepräsident Juan Francisco Reyes dem Dorf jegliche Unterstützung. Zwar besuchte er den Ort des Geschehens, benahm sich jedoch laut Aussagen des Bürgermeisters und der BewohnerInnen völlig pietätslos. "Dem Dorf Hilfe zu leisten, wäre nichts anderes als eine politi-

sche Show abzuziehen. Wie würden wir als Regierung dastehen, wenn wir jedesmal, wenn so etwas geschieht, mit Hilfsprogrammen angerannt kämen. Ich verspreche gar nichts, denn sonst heisst es nachher wieder, wir würden unsere Versprechen nicht einlösen", waren die Worte von Reyes, und weiter: "Schliesslich bekommt die Gemeinde San Lucas Tolimán 820 Tausend US\$ pro Jahr von uns. Um solche Tragödien zu vermeiden, müssen die Bürgermeister halt das Verbot erlassen, an exponierten Stellen Häuser zu bauen".

Dabei vergisst der Vizepräsident etwas: Seit Jahren fordern die BewohnerInnen von El Porvenir bei der Departementsregierung Unterstützung für eine Umsiedelung, da sie die Gefahr sehr wohl erkannten. Nach El Provenir kamen sie, nachdem sie von einem anderen Stück Land vertrieben wurden.

Bürgermeister Francisco Cruz ist sich sicher, dass das Verhalten des Vizepräsidenten damit zu tun hat, dass er (Cruz) nicht der Regierungspartei angehört, sondern der PAN. Ein geeignetes

Landstück für eine Umsiedelung der Leute von El Porvenir sei längst ausgemacht worden, doch fehlten der Gemeinde die finanziellen Mittel für dessen Kauf, erklärte der Bürgermeister.

Eddy Armas vom Zusammenschluss der Nichtregierungsorganisationen (CONCOOP) erinnerte die Regierung an ihre Versprechen, die sie nach dem Hurrikan Mitch im Jahre 1998 gegeben hatte. Anstatt etwas an der Lebenssituation der Menschen zu verändern, die aus ökonomischen Gründen gezwungen sind, sich an gefährdeten Stellen anzusiedeln, wurden Millionen von Quetzales in sogenannte "Risikoverminderungsprogramme" gesteckt, die keinen präventiven Ansatz haben. Es sei zwar wichtig, Aufklärungskampagnen über die Gefahren der Abholzung zu machen, doch müsse der Bevölkerung, deren einzige Einnahmequelle oft der Verkauf von Brennholz sei, auch Alternativen geboten werden, meinte Armas. Die offizielle Erklärung, die Regenfälle dieses Jahr entwickelten sich "normal", ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel
PC: 30-516068-6

Redaktion
Barbara Müller
Christiane Treack

Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.
E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Mitglied von CONAVIGUA ermordet

Guatemala, 9. Sept. Auf dem Weg von seinem Dorf Chuchuca in der Gemeinde Zacualpa nach Joyabaj wurde Manuel García De la Cruz von Unbekannten entführt, gefoltert und brutal ermordet. De la Cruz war Mitglied der Witwenorganisation CONAVIGUA, war bei den Exhumierungen in der Region Zacualpa tätig und begleitete die Frauen von CONAVIGUA bei amtlichen Abklärungen und vor Gericht.

CONAVIGUA beschuldigt paramilitärische Organisationen der Tat, die immer noch nicht wollen, dass "die Wahrheit ans Licht kommt". Die unmenschlichen Methoden, mit denen de la Cruz gefoltert und ermordet wurden, erinnern stark an die aussergerichtlichen Hinrichtungen während des bewaffneten Konflikts, heisst es in einer Presseerklärung von CONAVIGUA. De la Cruz wurden vor seinem Tod die Ohren, die Zunge

und die Nase abgeschnitten sowie die Augen ausgestochen. Die Organisation fordert umgehend eine Untersuchung der Tat durch die zuständigen Behörden. Amnesty International zeigte sich besorgt um die Sicherheit der CONAVIGUA-Mitglieder und fordert die internationalen Menschenrechtsgruppierungen auf, Druck auf die guatemalteckische Regierung auszuüben, damit diese die entsprechenden Untersuchungen einleitet und vor allem die Sicherheit ihrer BürgerInnen gewährleistet.

Auf dem Weg zur Pressekonferenz, die verschiedene Menschenrechtsorganisationen anlässlich der Ermordung von De la Cruz organisierten, wurde eine Gruppe von ReporterInnen von ihnen unbekanntem Männern angehalten und bedroht und es wurde ihnen die Kamera weggenommen, mit der sie die Pressekonferenz filmen wollten.

Portillo bittet um Verlängerung des MINUGUA-Mandats

New York, 13. Sept. Präsident Portillo bat in seiner Rede vor der 57. Generalversammlung der Vereinten Nationen, das Mandat der UNO-Mission in Guatemala, MINUGUA, um ein weiteres Jahr, bis Ende 2004, zu verlängern.

Am 10. September verfasste das New Yorker Büro der Rigoberta Menchú-Stiftung einen Brief, den sie an alle VertreterInnen der anwesenden UNO-Mitgliedstaaten richtete. Darin hiess es: "...Bezüglich Guatemala wird Präsident Portillo von den Menschenrechten sprechen, dabei werden MenschenrechtsaktivistInnen ermordet, belästigt und mit dem Tod bedroht. Er wird von den Friedensabkommen sprechen, dabei stecken die 1996 unterzeichneten Abkommen (wie das auch MINUGUA immer wieder bestätigt) in einer Sackgasse. Er wird über die Reduzierung der Armee sprechen, dabei werden gleichzeitig die Regierungsstrukturen militarisiert, angefangen bei der Präsidentengarde bis hin zur Verteilung von Düngemitteln und

Schulmahlzeiten. Aber das schlimmste wird sein, dass er von der Versöhnung des guatemaltekischen Volkes sprechen wird, während er sich gleichzeitig überlegt, wie er die Zivilpatrouillisten für ihren "Dienst am Vaterland" entschädigen wird."

Und so war es dann auch: In seiner sehr optimistisch gehaltenen Rede, die auch eine an Zynismus grenzende Selbstkritik enthielt ("Wir sind vorangekommen, obwohl wir einige unpopuläre Massnahmen ergreifen mussten..."), vergass er weder die Indígenas noch die Frauen zu erwähnen. Auch sonst war seine Rede sehr UNO-konform: Portillo sprach über alle, der internationalen Staatengemeinschaft als heikle Punkte bekannten und kritisierten Themen: Umsetzung der Friedensabkommen, Steuerreform, Reduzierung der Armee, der Grenzstreit mit Belice und liess auch noch einige Allgemeinplätze zur Situation im Nahen Osten und zum Irak vom Stapel.

Die Arbeit von MINUGUA, der er bei anderen Gelegenheiten gerne Einmischung in die Inneren Angelegenheiten des Landes vorwirft, lobte Portillo in seiner Rede vor der UNO-Generalsversammlung in den höchsten Tönen. Seine Bitte um eine Verlängerung des MINUGUA-Mandats begründete er damit, dass es sinnvoll wäre, die Wahlen im nächsten Jahr und die Regierungsübergabe an seinen Nachfolger zu begleiten. MINUGUA sei der Garant für einen demokratischen und transparenten Prozess, meinte Portillo. Danach könnten staatliche Institutionen und die auch nach 2004 im Lande verbleibenden UNO-Organisationen die Aufgabe von MINUGUA übernehmen.

In einer Sitzung, die Portillo mit Generalsekretär Kofi Annan hatte, sprach sich dieser für eine Verlängerung des MINUGUA-Mandats aus, ein definitiver Entscheid werde von der Generalversammlung im Verlauf der nächsten Wochen getroffen.

Hungerlohn für Drecksarbeit

Guatemala, 20. Sept. Mit Spannung wurde in Guatemala der 15. September erwartet, hatte Präsident Portillo doch versprochen, an diesem Tag seinen Plan für die Entschädigung der ehemaligen Zivilpatrouillisten bekannt zu geben.

Bis zum 10. September lagen 311 Kompensationsforderungen von Ex-PAC-Gruppen und Einzelpersonen vor. Edgar Gutiérrez, Chef des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE) gab bekannt, dass nur Patrouillisten berücksichtigt würden, die nicht in Menschenrechtsverletzungen involviert gewesen seien. Um dies herauszufinden, wolle man auf den Bericht der Wahrheitskommission (CEH) zurückgreifen. Ausserdem betonte Gutiérrez noch einmal, dass die Entschädigung in Form von Projekten sei und nicht in Form von Bargeld.

Gleichzeitig konkretisierte sich der Vorschlag der Regierung, Anleihen in Euros aufzunehmen in der Höhe von 700 Mio. US-\$.

Sowohl die Finanzkommission des Kongresses wie die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (IDB) empfahlen dem Kongress die Annahme dieses Vorschlags. Gegen den Vorschlag sprechen sich nach wie vor Menschenrechtsorganisationen, aber auch die Wirtschaft aus. Jorge Briz, Präsident der guatemaltekischen Handelskammer und für diese Vertreter in der Finanzkommission des Kongresses, trat aus Protest gegen den

Entscheid aus dieser zurück. Briz erklärte, die Finanzkommission verliere mit diesem Entscheid ihre Autonomie und unterstütze die politischen Interessen der FRG. Darauf reagierte Finanzminister Weymann mit einem Totschlägerargument: "Es erstaunt mich, dass Briz mit Enthusiasmus für die Unterstützung des Kaffeesektors ist, wenn es aber darum geht, die Friedensabkommen umzusetzen, ist er dagegen".

Friedensabkommen? Laut dem selben Finanzminister sollen die ersten 50 Mio. US\$ aus der Anleihe für die Tilgung der Schulden des Verkehrs- und Kommunikationsministeriums verwendet werden. Mit weiteren 150 Mio. sollen die von der Reduzierung der Armee betroffenen Offiziere und Soldaten entschädigt werden. Der Rest des Geldes soll in die Entschädigung der Ex-Pac und der Opfer des bewaffneten Konfliktes fliessen, in den Landfonds, für den Kauf von Land für die protestierenden BäuerInnen sowie in "andere Ausgaben der Regierung". Kurz und bündig, die Regierung will unter dem Vorwand der Versöhnung und Wiedergutmachung gleich noch ein paar andere drückende Probleme lösen!

Der 15. September ging vorbei, ohne dass Präsident Portillo sich über die Entschädigung der Ex-Pac äusserte. Was immer der Grund für das präsidiale Schweigen ist, der Nebeneffekt ist auf alle Fälle eine weitere Polarisierung zwi-

schen den Ex-Pac und den sozialen Sektoren, die sich gegen eine Entschädigung der Zivilpatrouillisten aussprechen. So wie sich nämlich die Regierung zu der Angelegenheit äussert, ist es der Widerstand der sozialen Organisationen, der verhindert, dass es mit der Entschädigung der Ex-Pac vorangeht.

Am 19. September liess die Regierung dann die Katze aus dem Sack: 12 Quetzales (1.5 US\$) pro Monat geleisteter Arbeit für die ehemaligen Zivilpatrouillisten. Laut Edgar Gutiérrez sieht die Regierung 12 Mio. Quetzales für die Entschädigung der Ex-Pac vor, das heisst 1.5 Mio. US\$ der insgesamt 700, die in Anleihe gegeben werden sollen. Ausserdem würde eine nicht genannte Summe in Entwicklungsprojekte, technische Unterstützung für deren Ausführung und billige Kredite investiert werden.

Die Ex-Pac wiesen den Vorschlag der Regierung umgehend zurück; man sei nicht bereit, die Almosen der Regierung anzunehmen, hiess es. Während einzelne Gruppen Protestaktionen angekündigt, wollen die gemässigten noch ein Treffen mit Präsident Portillo abwarten, das auf nächste Woche angesetzt ist.

Noch steht aber die Entscheidung des Kongresses aus, ob das Geld, das die Regierung schon fast ausgegeben zu haben scheint, überhaupt in Form von Euro-Anleihen aufgenommen werden soll.

Wie viele Soldaten gibt es tatsächlich?

Guatemala, 19. Sept. Rund um die Ankündigung Präsident Portillos, die Anzahl der Armeegehörigen entsprechend der Friedensabkommen zu reduzieren, entfachte sich eine Diskussion darüber, wie viele Soldaten es tatsächlich gibt in der guatemaltekischen Armee. Portillo versprach, den Bestand um insgesamt 6000 Männer zu reduzieren, aus finanziellen Gründen (die Abfindungssummen für Offiziere sind viel höher als diejenigen für einfache Solda-

ten) würde vor allem bei den Truppen reduziert.

Einer Untersuchung der Tageszeitung *El Periódico* zufolge fungieren aber auf den Gehaltslisten des Militärs viel mehr Männer als tatsächlich Dienst leisten. Oftmals korrigierten die Befehlshaber einzelner Kasernen ihre Listen gegen oben, um das zusätzliche Geld entweder in die eigene Tasche zu stecken oder aber den Standard in ihren Kasernen zu verbessern, hiess es in der Re-

portage. *El Periódico* vermutet, dass die Truppen nicht mehr als 13'000 Mann umfassen (offiziell 19'000). Insofern macht Portillo mit seiner angekündigten Reduzierung von 6000 "Phantom"-Soldaten nichts anderes, als die reale Anzahl der dienstleistenden Soldaten zu offizialisieren.

Die Frage bleibt, wohin die 150 Mio. US\$ fließen, mit denen Präsident Portillo die nicht existierenden Soldaten" entschädigen will?

"Indígenas werden marginalisiert und diskriminiert"

Guatemala, 16. Sept. Die Indígenas in Guatemala seien weit davon entfernt, gleichberechtigte BürgerInnen zu sein, anerkannte der Sonderbeobachter für indigene Rechte der Vereinten Nationen, Rodolfo Stavenhagen. An einer Pressekonferenz nach einem zehntägigen Besuch in Guatemala referierte Stavenhagen über die ethnische Situation des Landes: "Die Mayas, Xincas und Garífunas haben unter extremer Armut zu leiden und werden bei sozialen Entwicklungen (Bau von Schulen oder Gesundheitszentren, Zugang zu Land) nicht berücksichtigt."

Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, doch ist es sicher wichtig, dass sie von offizieller Seite einmal mehr bestätigt wird. Schwieriger wird es dann, wenn zwar von internationaler Seite Druck auf die Regierung ausgeübt wird, sich für die Rechte der indigenen Bevölkerung einzusetzen, man sich aber mit der Einsetzung umstrittener Gesetze zufrieden gibt. So geschehen im Falle von MINUGUA, die der guatemaltekischen Regierung für die Änderung des Diskriminierungsgesetzes gratulierte, welches jedoch von den meisten Indígenaorganisationen abgelehnt wird.

Das neue Gesetz gegen Diskriminierung wurde vom Kongress am 12. September mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Im Gesetz wird Diskriminierung definiert als "jede Form von unterschiedlicher Behandlung, Ausschluss, Benachteiligung oder Bevorzugung einer Person aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer Ethnie, ihres Alters, ihrer Religion, ihrer ökonomischen Situation, ihres Gesundheitszustandes oder ihres Zivilstandes". Wer gegen das Gesetz verstösst, hat mit einer Gefängnisstrafe von einem bis drei Jahren zu rechnen und einer Busse von 300 bis 5000 Quetzales.

Die Mayaorganisationen kritisieren das Gesetz, weil das Thema Diskriminierung global abgehandelt wird, wodurch

die Förderung der Mayakultur verloren geht. Man wolle ein Gesetz, das die Rechte der indigenen Völker schütze und nicht diejenigen der Ethnien im allgemeinen, erklärte Juan León von der Defensoría Maya. Auch Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu bezeichnete das neue Gesetz als "lau". Es sei eine der typischen Machenschaften der Regierung, ein Gesetz zu verallgemeinern anstatt den Rassismus konkret zu bekämpfen.

Ihrerseits ist die Regierung fein raus, entspricht doch das Gesetz den internationalen Konventionen und berücksichtigt das von den Indígenas geforderte "Gewohnheitsrecht".

Die Anwendung des Gewohnheitsrecht bei leichten Vergehen ist zwar bereits im Friedensabkommen über die Rechte der indigenen Völker gewährt, wie es aber in der Praxis aussieht, zeigt folgendes Beispiel: Vier Mitglieder des Wasserkomitees des Dorfes Los Encuentros, Quiché, wurden auf Befehl der Staatsanwaltschaft verhaftet, weil sie

das traditionelle Recht der Indígenas gegen das Dorfmitglied Julián Chumil angewendet haben.

Die Tradition von Los Encuentros sieht vor, dass die Nachbarn entweder einen finanziellen Beitrag oder eine gewisse Anzahl Arbeitsstunden an die Ausführung eines Gemeindeprojekts leisten müssen. Wer das nicht macht, wird mit Sanktionen belegt. Chumil, der weder mitarbeitete noch seinen Beitrag bezahlte, wurde die Wasserzufuhr abgestellt. Da er und seine Familie in Zukunft weiterhin das Wasser vom nächsten Brunnen holen muss, wird das ganze Dorf Zeuge ihrer mangelnden Solidarität.

Als er diese Entscheidung der Gemeinde zu spüren bekam, reichte Chumil bei der Staatsanwaltschaft eine Klage gegen das Wasserkomitee ein. Ohne Untersuchung bzw. ein Gespräch mit dem Komitee zu suchen, stellte die Staatsanwaltschaft die Haftbefehle aus und stellte sich somit über das anerkannte Gewohnheitsrecht der Indígenas.

Maya-Universität wird Realität

Guatemala, 6. Sept. Die *Nationale Kommission für Maya-Erziehung* (CNEM) kündigte auf das Jahr 2004 die Eröffnung einer Maya-Universität an. Die Idee für die Gründung einer Maya-Uni sei alt und beruhe auf der Tatsache, dass im aktuell angewandten Erziehungswesen die Werte und Methoden der Maya-Tradition nicht berücksichtigt werden, erklärte Marco Tulio de Paz von der CNEM.

Genau so wie in den bestehenden Universitäten, in denen Spanisch die Unterrichtssprache ist und Englisch die erste Fremdsprache, wolle die Universität Maya eine oder zwei Mayasprachen in ihr Pensum aufnehmen. Paz betonte auch, dass es in keinem Moment darum gehe, in eine Konkurrenz mit den andern Universitäten bzw. Lehrmethoden zu tre-

ten, diese seien unabdinglich für das Studium gewisser Wissenschaften. Vielmehr gehe es darum, mit der Maya-Universität einen Beitrag zur multikulturellen Gesellschaft Guatemalas zu leisten.

Für die Realisierung des Projekts braucht es laut Paz rund 2,5 Mio. US\$. Es wird gehofft, dass interessierte Kreise aber auch die Regierung dieses Geld zur Verfügung stellen.

KritikerInnen der Maya-Universität sehen es anders: Genau so wie die immer wieder diskutierte Gründung einer Maya-Partei trage eine Maya-Universität zur Polarisierung bei. Es könne nicht darum gehen, nach 500 Jahren Unterdrückung der Indígenas einfach den Spieß umzudrehen und nun die andere Seite auszuschliessen, heisst es von den KritikerInnen.

Arbeitsgesetz mit Genderfokus

Guatemala, 6. Sept. Die *Multisektorische Instanz*, der verschiedene Frauen- und sonstige Organisationen des zivilen Sektors angehören, hat dem Kongress eine Änderung des Arbeitsgesetzes vorgeschlagen, um eine wirkliche Geschlechtergleichheit zu erreichen. Insgesamt elf Artikel müssten verändert werden, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Dabei geht es um Themen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Gewährung von Elternurlaub, die Benennung und Bestrafung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, usw.

Der vorgelegte Änderungsvorschlag sei kein Novum, sondern die Wiederaufnahme und Ergänzung einer Initiative, die vor Jahren von Nineth Mon-

tenegro, damals Kongressabgeordnete der ANN, ausgegangen sei, erklärte Floridalma Contreras Vásquez von der Menschenrechtsorganisation CALDH.

Wanda Núñez vom Frauensektor der Zivilgesellschaft (SM-ASC) legt Wert darauf, dass der Vorschlag nicht nur die Interessen der Frauen vertritt, sondern überhaupt diejenigen der seit Jahren benachteiligten Bevölkerungsegmenten wie z.B. Kinder, Alte, Behinderten, etc.

Wie bei allen Gesetzen ist aber auch beim Arbeitsgesetz das Problem, dass es oft nicht angewendet wird. In einer Presseerklärung forderte kürzlich die Koordination der Organisationen die gegen AIDS kämpfen (ACSL) das Ar-

beitsministerium auf, dafür zu sorgen, dass das "Gesetz zur Bekämpfung von AIDS" angewendet wird. In diesem heisst es nämlich, dass auch Personen, die den AIDS-Virus in sich tragen, das Recht auf Arbeit haben und dass es verboten ist, von jemandem einen AIDS-Test zu verlangen als Bedingung für eine Anstellung. Nach wie vor verlangen aber in erster Linie private Unternehmen einen solchen Test von den BewerberInnen. Statt sie wie heute zu diskriminieren, sollte das Arbeitsministerium die Voraussetzungen schaffen, dass AIDS-infizierte Personen ihren Möglichkeiten entsprechend arbeiten können, heisst es in der Presseerklärung von ACSLS weiter.

Undurchschaubares Hin und Her beim Wahlgesetz

Guatemala, 20. Sept. Die Republikanische Front Guatemalas (FRG) lässt nicht locker beim Versuch, das Wahl- und Parteiengesetz zu modifizieren. Vordergründig heisst es, man wolle damit eine Bedingung der Friedensabkommen erfüllen, hintergründig ist klar, dass es darum geht, General Ríos Montt die Beteiligung an den Wahlen 2003 zu ermöglichen.

Im Moment fehlen der FRG noch zwei Stimmen, um die Mehrheit im Kongress für eine Änderung des Wahlgesetzes zu erreichen. Aktueller Kompromissvorschlag der FRG: Annahme des Gesetzes noch im Laufe dieses September, Inkrafttreten jedoch erst nach den Wahlen 2003, wobei dies offenbar nicht die Meinung aller FRG-Abgeordneter ist, was noch mehr zur allgemeinen Verwirrung beiträgt.

Auch die Opposition ist sich nicht einig, ob und wann das Wahlgesetz modifiziert werden soll. Am meisten erstaunt die Position der URNG, die eine Änderung des Gesetzes befürwortet. Dazu Pablo Ceto von der URNG: "Wir unterstützen das Gesetz und sind auch dafür, dass es bereits nächstes Jahr in Kraft tritt. Die Gesetzesänderung ermöglicht einer breiteren Bevölkerung die Teilnahme an den Wahlen, da es vorsieht, mehr und auch in Orten mit nur 500 Wahlberechtigten, Urnen aufzustellen." Eine nicht ganz nachvollziehbare Position, die da die URNG einnimmt. In einem Kommentar der *Prensa Libre* hiess es dazu: "Nur in Guatemala kann es passieren, dass die Partei der ehemaligen Guerilla zu Gunsten von Ríos Montt stimmt. Und die DCG (Democracia

Cristiana Guatemalteca), das erste demokratische Experiment, macht das selbe. Beide Gruppen haben während des Krieges Mitglieder beerdigen müssen - keine Ahnung, wie sie den Nachkommen dieser Opfer ihren Gesinnungswandel erklären."

Die einzige Partei, die sich (noch) geschlossen gegen die Änderung des Wahl- und Parteiengesetzes ausspricht, ist die PAN.

Noch sind weder das Datum der Wahlen noch die KandidatInnen der einzelnen Parteien bekannt, doch schon spricht Fernando Solís vom *Zentralamerikanischen Institut für politische Studien* (INCEP) vom einem möglichen Wahlbetrug. Eine Analyse der Ereignisse der vergangenen Monate, vor allem die Wechsel in einzelnen Ministerien und staatlichen Institutionen, liessen ihn zu diesem Schluss kommen, erklärte Solís gegenüber der Presse. Das Ziel der FRG sei es, die Wahlen um jeden Preis zu gewinnen. Gelingen dies nicht, indem Ríos Montt als Kandidat antreten darf, sei ein Wahlbetrug das naheliegendste Mittel,

um wenigstens eine möglichst grosse Anzahl Gemeinderegierungen und Kongressabgeordnete stellen zu können. Solís rief die Medien auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und transparent über die Entwicklungen im Zusammenhang mit den Wahlen zu berichten.

Mit dem Ziel, den Wahlen den Beigeschmack von Streit und Konflikt zu nehmen und sie in zivile Volksfeste zu verwandeln, plant das oberste Wahlgericht (TSE), bis zu den Wahlen in verschiedenen Orten des Landes sogenannte "Wahl-Jahrmärkte" durchzuführen. Der erste dieser Jahrmärkte fand Anfang September in Guastataya, El Progreso, statt und wird als voller Erfolg bezeichnet. Höhepunkt des Jahrmarktes sei die Aufführung des Theaterstücks "Die Demokratie beginnt zu Hause". Die Botschaft sei, dass Demokratie im kleinen beginne, zu Hause eben, z.B. bei der Verteilung der Hausarbeit oder bei der politischen Gleichberechtigung der Frauen, erklärte Jahrmarkt-Erfinder Roberto Samayoa.

Globalisierung - in die andere Richtung

Guatemala, 7. Sept. Die guatemalteckische Fastfood-Kette *Pollo Campero* will den europäischen Markt erobern und im nächsten November die ersten drei Restaurants auf dem alten Kontinent eröffnen.

Dies, nachdem die Expansion in die Vereinigten Staaten (Los Angeles) erfolgreich gelungen ist und zukünftig auch auf andere US-Bundesstaa-

ten ausgedehnt werde, erklärte Juan José Gutiérrez, Präsident der Korporation.

Die ersten drei Restaurants von *Pollo Campero* sollen in Spanien, Portugal und Polen eröffnet werden, geplant sind im Laufe der nächsten fünf Jahre weitere 150 Filialen in ganz Europa.

Buen provecho!